«Diese Initiative bringt nicht mehr Demokratie»

Finanzreferendum Initiative der Bürgerlichen sei überflüssig und öffne Missbräuchen Tür und Tor, sagt Regierungsrätin Herzog

VON HANS-MARTIN JERMANN

Frau Herzog, weshalb wehren Sie sich gegen ein obligatorisches Referendum in Finanzfragen? Haben Sie Angst vor dem Volk?
Herzog: Im Gegenteil: Ich finde die Mitentscheidungsrechte der Bevölkerung sehr wichtig. Das Volk wird bereits heute bei allen Neuausgaben des Kantons über 1,5 Millionen Franken mit dem fakultativen Referendum einbezogen. Dazu müssen die Parteien und Interessengruppen auf die Strasse stehen und Unterschriften sammeln. Dieser Bürgerkontakt ist Teil unserer Demokratie. 2000 Unterschriften sind dafür im Kanton Basel-Stadt nötig. Das ist machbar.

Die Initiative bringt noch ein bisschen mehr Demokratie: Umstrittene Parlamentsbeschlüsse würden nicht bloss fakultativ, sondern obligatorisch dem Volk unterstellt. Was ist dagegen einzuwenden?
Die Initiative bringt nicht mehr Demokratie. Im Gegenteil: Ich finde es undemokratischer, wenn eine kleine Minderheit von 20 der 100 Grossrätinnen und Grossräten entscheiden kann, ob es eine Volksabstimmung gibt. Das ist einfach zu wenig. Heute entscheiden darüber 2000 Menschen mit ihrer Unterschrift zum fakultativen Referendum. Die Initiative stärkt nicht die Volksrechte, sondern die Parteien und ihre Strategen. Dass eine kleine Minderheit eine Abstimmung erzwingen könnte, würde zudem dazu führen, dass das Volk über Dinge abstimmt, die von sehr geringem Interesse sind.

Die Befürworter betonen, es werde bei einem Ja zur Initiative nicht viel mehr Abstimmungen geben.

«Die Initiative stärkt nicht die Volksrechte, sondern die Parteien und ihre Strategen.»

Dann fragt sich, warum man es nicht gleich beim Status quo belässt. Weshalb lancieren die Bürgerlichen eine Initiative, wenn diese keine grossen Auswirkungen hat? Wieso sammeln sie Unterschriften und lassen das Volk darüber abstimmen, wenn sich gar nicht viel ändert? Dieses Argument kann ich nicht nachvollziehen. Schliesslich kostet jede Durchführung einer Volksabstimmung rund 165 000 Franken.

Weshalb wehren Sie sich denn gegen die Initiative, wenn sich gar nicht viel ändert?
Weil sie überflüssig ist. Aber auch, weil das Instrument vor Wahlen missbraucht werden kann: Meine Partei, die SP, könnte jeden Finanzbeschluss des Parlaments über 3 Millionen Franken vors Volk bringen. Dies, ohne eine Unterschrift sammeln zu müssen. Das Parlament als legislatives Organ würde desavouiert. Das darf nicht sein.

Laut Regierungsbericht hätte es in den letzten fünf Jahren genau zwei zusätzliche Urnengänge gegeben: 2006 zum Velokredit und letztes Jahr zu den Subventionen für die Kaserne Basel.
Diese Auflistung ist spannend, aber rein hypothetisch. Hätte es das obligatorische Finanzreferendum bereits gegeben, wären die Abstimmungen im Grossen Rat womöglich anders verlaufen. Das ist ein Kernpunkt meiner Kritik: Mit dem obligatorischen Finanzreferendum würde das Taktieren und Drohen auf Kosten der inhaltlichen Auseinandersetzung zunehmen – was die Resultate im Parlament verfälschen würde.

Das Beispiel Kaserne zeigt: Vielleicht wäre es nicht so schlecht gewesen, hätte sich das Volk dazu äussern können.

Eva Herzog ist überzeugt: «Mit dem obligatorischen Finanzreferendum würde im Parlament das Taktieren und Drohen zunehmen.» NIZ

Sie haben recht: Es würde die Legitimation eines Kulturbetriebs erhöhen, wenn das Volk seinen Segen gibt. Damit hätte ich kein Problem. Offenbar war es aber für niemanden ein Bedürfnis, gegen den Grossratsbeschluss das Referendum zu ergreifen und auf die Strasse zu gehen. Zudem müssten wir mit dem obligatorischen Finanzreferendum alle vier Jahre wohl erneut über den verlängerten Subventionsvertrag mit der Kaserne abstimmen. Das Volk hätte gar keine Freude an solchen Wiederholungen. Übrigens: Entscheide von grosser Tragweite kann der Grosse Rat obligatorisch dem Volk unterstellen. Zuletzt war das beim Neubau-Kredit fürs Messezentrum der Fall.

Die Regierung schreibt in ihrem Bericht, bei einem Ja zum Finanzreferendum würde ein Ungleichgewicht zu Gesetzesbeschlüssen geschaffen. Erklären Sie das bitte.
Ein Beispiel: Der Grosse Rat beschliesst im Schulgesetz über die Grösse von Schulklassen. Dieser Gesetzesbeschluss hat weitreichende finanzielle Folgen, würde aber nicht dem neuen Finanzreferendum unterliegen. Hingegen wäre der Ausbau eines Schulhauses dem Automatismus

«Ich sehe den Anlass für die Initiative nicht. Bei den Basler Kantonsfinanzen gibt es keinen Missstand.»

des Finanzreferendums unterstellt. Dies führt zu dem erwähnten Ungleichgewicht.

Im Grossen Rat ist ein Gegenvorschlag erarbeitet worden, der die Hürde für eine Abstimmung höher ansetzt: 4,5 Millionen Franken Ausgaben und mindestens 34 Nein-Stimmen im Grossen Rat.
Ich lehne auch diesen Gegenvorschlag ab. Fairerweise muss ich aber sagen: Er ist besser als die Initiative. Nicht nur, weil er die Hürde höher ansetzt, sondern weil er im Parlament eine zweite Abstimmung vorsieht: Zuerst befinden die Parlamentarier inhaltlich über ein Geschäft und erst dann, ob dieses dem Volk vorgelegt werden soll. Damit wird das Taktieren reduziert. Wenn der Sachentscheid vom Prozessentscheid getrennt wird, nimmt das auch dem von mir kritisierten Automatismus die Spitze. Die vorberatende Finanzkommission hat dies richtig erkannt und deshalb diesen Mechanismus in den Gegenvorschlag eingebaut.

Die Finanzreferendums-Initiative ist klar von bürgerlicher Skepsis an der Finanzpolitik einer linken Regierungsrätin durchdrungen.
Das ist so. Doch ich sehe den Anlass nicht: Bei den Kantonsfinanzen gibt es keinen Missstand. Die Regierung und das Parlament verfolgten in den letzten Jahren eine sehr verantwortungsvolle Finanzpolitik. Basel-Stadt schrieb in den letzten fünf Jahren immer schwarze Zahlen, die Steuern konnten bereits um 150 Millionen Franken gesenkt werden. Weitere Steuersenkungen wurden beschlossen. Die Initiative ist nicht finanzpolitisch, sondern rein parteipolitisch motiviert. Für die Demokratie sehe ich darin keinen Vorteil. Ich wiederhole: Die Initiative ist überflüssig.

Initiative und Gegenvorschlag

Am **13. Februar** befindet das Basler Stimmvolk über die Einführung eines obligatorischen Finanzreferendums. Gemäss der Initiative von **SVP, FDP, LDP und CVP** würden künftig sämtliche Beschlüsse für neue Ausgaben dem Volk vorgelegt, die **3 Millionen** Franken übersteigen und im Grossen Rat das **Vierfünftelmehr** verpasst haben. Der Grosse Rat hat dazu einen Gegenvorschlag aus der Taufe gehoben, der die Hürde bei **4,5 Millionen** ansetzt. Zudem müssten nicht bloss ein Fünftel, sondern mindestens **34 Parlamentarier** Nein stimmen, damit ein Beschluss vors Volk kommt. Für den **Gegenvorschlag** kann sich im Abstimmungskampf **kaum jemand** erwärmen: Das rot-grüne Lager hat ihm im Parlament nur deshalb zum Durchbruch verholfen, um **Schlimmeres** – nämlich ein Ja zur Initiative – zu verhindern. Die Bürgerlichen sind ebenfalls gegen den Gegenvorschlag, weil er aus ihrer Sicht im Grossen Rat **verwässert** wurde. Wäre die Version der Finanzkommission durchgekommen, hätten sie die Initiative zurückgezogen. (HAJ)

Basler SP schlägt gegenüber Ausländern freundlichen Ton an

Integration Mit elf Vorstössen wollen die Sozialdemokraten den hier lebenden Ausländern die Integration erleichtern.

VON HANS-MARTIN JERMANN

In die Basler Integrationspolitik will auch nach dem Nein zum kantonalen Ausländerstimmrecht und dem Ja des Schweizer Volks zur Ausschaffungsinitiative keine Ruhe einkehren. Im Gegenteil: Von links bis rechts formulieren die Parteien neue Ideen für eine bessere Integration der hier lebenden Ausländer. Nach den Grünliberalen, die Anfang Januar vorgelegt haben, präsentiert nun die SP ein Paket mit elf Vorstössen zu diesem emotional aufgeladenen Thema.

Der Grundtenor bei der grössten Basler Partei: Der Trend zur stetigen Verschärfung der Regeln muss durchbrochen werden. Man verschliesse die Augen vor den Problemen nicht, betont Grossrätin Ursula Metzger Junco. Es gelte aber, diese ins richtige Licht zu rücken. «Grundsätzlich wollen wir eine Politik betreiben, die Ausländer willkommen heisst», stellt sie klar. Dieses Prinzip zieht sich wie ein roter Faden durch den Katalog: Dem Potenzialansatz folgend, sollen für die Migrantinnen und Migranten die Möglichkeiten verbessert werden, sich hier einzubringen.

Einbürgerung soll billiger werden

Ein Beispiel sind die Einbürgerungen: Hier fordert die SP ein erleichtertes Verfahren – kürzere Verfahrensfristen und weniger Anlaufstellen – sowie günstigere Tarife: Die Einbürgerung einer Familie mit zwei Kindern schlägt im Stadtkanton heute mit 5500 Franken zu Buche: Ein Betrag, der manches Budget übersteige und somit etlichen gut integrierten Menschen den Zugang zum Schweizer Bürgerrecht verunmögliche, sagt Metzger Junco. Mit günstigen Angeboten Anreize schaffen will auch der Vorstoss «Integration ab der ersten Stunde» von SP-Grossrat Mustafa Atici. In den ersten zwei Jahren im Kanton sollen ausländischen Zuzügern Deutschkurse gratis oder zumindest sehr günstig angeboten werden. Die Kurse müssten besser auf die Zielgruppen abgestimmt sein. So seien Zuzüger aus dem englischsprachigen Raum bislang zu wenig angesprochen worden, kritisiert Atici. Das sieht auch SP-Fraktionschefin Tanja Soland so. Sie schüttelt den Kopf darüber, dass in der Debatte automatisch die viel zitierte Burka-Frau auftaucht. Dabei stamme die überwiegende Zahl der zuletzt eingewanderten Ausländer aus dem EU-Raum.

«Grundsätzlich wollen wir eine Politik betreiben, die Ausländer willkommen heisst.»
Ursula Metzger Junco, SP

Damit sich vor allem diese Gruppe besser einbringen kann, hat sich Soland nach dem Nein des Basler Volks zum Ausländerstimmrecht neue Ideen ausgedacht: Sie schlägt vor, das Initiativ- und Referendumsrecht auf Ausländer auszudehnen. Denkbar sei zudem die Einführung einer Volksdiskussion, wie sie Appenzell-Ausserrhoden kennt. Dabei können im Rahmen einer Gesetzesberatung im Parlament alle im Kanton wohnhaften Personen teilnehmen.

Schulfach Religionsgeschichte

Neuland würde der Kanton betreten, wenn er einen zweiten Vorstoss von Mustafa Atici umsetzen würde: Dieser verlangt den Abschluss einer Absichtserklärung zwischen Schule und Eltern zur Verbesserung der Zusammenarbeit. Damit könnten Konflikte wie jener um den Schwimmunterricht von muslimischen Kindern vermieden werden, glaubt er. Ein weiterer Schul-Vorstoss soll das gegenseitige kulturelle Verständnis fördern: Er verlangt obligatorischen Unterricht in «Geschichte der Religionen»: Nach Abschluss der Volksschule soll jeder Jugendliche die Wörter Vatikan, Reformation, Schabbat und Prophet einordnen können. Die Überarbeitung der Lehrpläne im Zuge der Harmos-Reform sei eine gute Chance, das Fach in den Stundentafeln der Volksschule einzuführen, argumentiert Grossrätin Sibylle Benz Hübner.

Die SP bringt weitere Ideen ins Spiel, die politisch bislang kaum diskutiert wurden: So fordert Grossrätin Gülsen Oeztürk von der Regierung, den Zugang von Migranten zu preisgünstigen Genossenschaftswohnungen zu verbessern. Mit einem weiteren Vorstoss mahnt sie eine Alterspolitik an, welche die Anliegen der ersten Einwanderergeneration aufnimmt, die ab den 1960er-Jahren in die Schweiz kam.